



Thüringer Aufbaubank

Die Förderbank.

Thüringer Kommunalmonitor 2022

Kommunale Bedarfstrends auf den Punkt gebracht.



Ausführlicher Ergebnisreport 2022

Stand: 28.10.2022

Inhalt

6	Die Resonanz in den Kommunen
8	Die finanzielle Situation in den Kommunen
12	Bedarf an personellen Ressourcen
16	Bedarf an Investitionsmitteln
24	Hemmnisse der Investitionstätigkeit
28	Bau- und Energiepreisentwicklung
38	Finanzen
46	Methodenkurzbericht
48	Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

Vorwort



Der Thüringer Kommunalmonitor geht nun bereits in die vierte Auflage, sodass sich neben den Einschätzungen zum Jahr 2022 auch erste Trends aus den Gesamtergebnissen der letzten Jahre ableiten lassen. Wir freuen uns, dass sich auch in diesem Jahr wieder eine Vielzahl an Kommunen beteiligt haben und damit ein repräsentatives Bild für Thüringen gezeichnet werden kann. Die nun vorliegenden Antworten zeigen: Richtete sich der Fokus im Jahr 2021 noch auf die Corona-Auswirkungen, so sind jetzt die ersten Folgen der dramatischen Entwicklungen auf den Energiemärkten in den Kommunen spürbar. Eine große Mehrheit von 87 Prozent der Befragten erwartete noch in 2022 zusätzliche Ausgaben im Bereich Strom und Heizen. Pragmatische Reaktionen auf die Energiepreisentwicklung waren die Reduktion des Energieverbrauchs beispielsweise durch Abschaltung von Straßenbeleuchtungen oder die Optimierung der Heizungsanlagen.

Neben der Bau- und Energiepreisentwicklung haben wir auch interessante Details zur Fachkräftesituation erfahren, hier richtet sich der Fokus unter anderem auf die kommunale Expertise beim Thema Digitalisierung. Die Nachfrage nach geeignetem Personal stieg seit 2020 rasant an und liegt nun bei einem Anteil von 83 Prozent aller befragten Kommunen. Neben den allgemeinen Investitionstrends stehen auch Themen wie der Ausbau Erneuerbarer Energien, das Fördermittelmanagement sowie ein bezifferter Investitionsstau aus den letzten 5 Jahren in Höhe von rund 1,6 Milliarden Euro beim diesjährigen Kommunalmonitor im Mittelpunkt. Wir nehmen Ihre Bedarfe und Herausforderungen ernst und werden die Ergebnisse nun intern sowie mit den politischen Entscheidungsträger*innen im Land intensiv diskutieren, um ein passgenaues Unterstützungsangebot für Ihre Bedarfe zu entwickeln.

Ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme und wünsche viel Vergnügen beim Lesen.

Ihr



Matthias Wierlacher, Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank

Die Resonanz in den Kommunen



Anteil der Kommunen nach Ortsgrößenklassen

In diesem Jahr wurden zwischen dem 01. Juni und dem 09. September 205 Verwaltungsspitzen von 55 Gemeinden, 90 Städten, 43 Verwaltungsgemeinschaften (VG) und 17 Landkreisen (LK), die wir hier als Kommunaltypen bezeichnen, per E-Mail kontaktiert. Insgesamt haben sich 83 der 205 angeschriebenen Thüringer Kommunen beteiligt. Das entspricht einer Beteiligungsquote von rund 40 Prozent. Erfreulicherweise haben in diesem Jahr 4 der 5 kreisfreien Städte am Kommunalmonitor teilgenommen. Insgesamt beteiligten sich 45 Städte. Im letzten Jahr waren es 47. Bei den Verwaltungsgemeinschaften kamen in diesem Jahr 16 beantwortete Fragebögen zurück, ein erfreulicher Zuwachs von 4 Teilnehmenden. Die Gemeinden beteiligten sich in diesem Jahr nur spärlich am Kommunalmonitor. Lediglich 16 gaben einen Fragebogen ab. Das sind 10 Gemeinden weniger als in 2021. Auch die Landkreise waren in diesem Jahr zurückhaltend. Haben sich im letzten Jahr 10 Landkreise an der Umfrage beteiligt, so nahmen in diesem Jahr nur 6 am Kommunalmonitor teil. Knapp die Hälfte der Teilnehmer*innen am Kommunalmonitor 2022 waren auch in 2021 dabei. Von diesen haben sich 22 Kommunen schon das dritte Mal an der Umfrage beteiligt.

Einwohnerzahl	Gemeinden	Städte	VG	Landkreise	Gesamt
Unter 3.000 Ew.	5	4	0	0	9
3.000 bis unter 5.000 Ew.	7	6	2	0	15
5.000 bis unter 10.000 Ew.	4	15	12	0	31
10.000 bis unter 30.000 Ew.	0	10	2	0	12
30.000 bis unter 50.000 Ew.	0	7	0	0	7
50.000 und mehr Ew.	0	3	0	6	9
Gesamt	16	45	16	6	83

Anzahl der Kommunen

Die finanzielle Situation in den Kommunen



Aufgenommen in Arnstadt

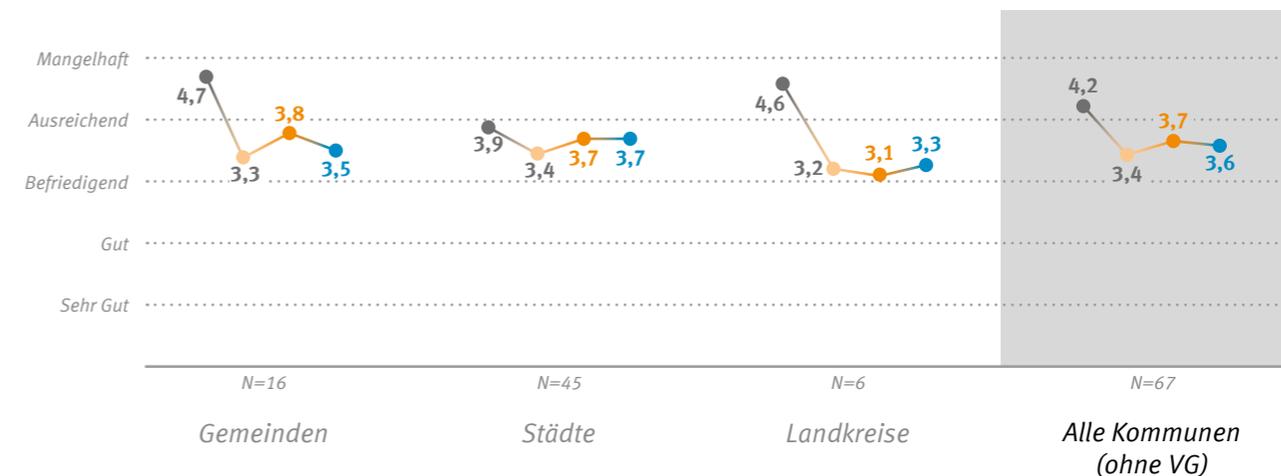
Aktuelle Gesamtfinanzauswertung

Die finanzielle Gesamtsituation schätzen die Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise befriedigend bis ausreichend ein. Durchschnittlich wurde in den meisten Kommunen die finanzielle Lage jedoch 2020 etwas besser gesehen als heute. Heute besser aufgestellt fühlen sich die Gemeinden (Mittelwert 2022: 3,5; 2021: 3,8), etwas schlechter schätzen die Landkreise die aktuelle Lage ein (Mittelwert 2022: 3,3; 2021: 3,1).

Da die meisten Kommunen, die an unserer Befragung teilnahmen, diese Einschätzung in den Monaten Juni und Juli vorgenommen haben, ist davon auszugehen, dass das gesamte Ausmaß der inflationären Entwicklung insbesondere im Energie- und Bausektor und auch die zusätzlichen Ausgaben, die sich durch die Aufnahme von Geflüchteten in Folge des Krieges in der Ukraine ergeben, noch nicht abzusehen waren. Es ist davon auszugehen, dass sich die finanzielle Gesamtsituation der Kommunen aus heutiger Sicht deshalb problematischer darstellt.

Wie schätzen Sie Ihre aktuelle Gesamtfinanzauswertung ein?

Mittelwerte ■ = 2019 ■ = 2020 ■ = 2021 ■ = 2022

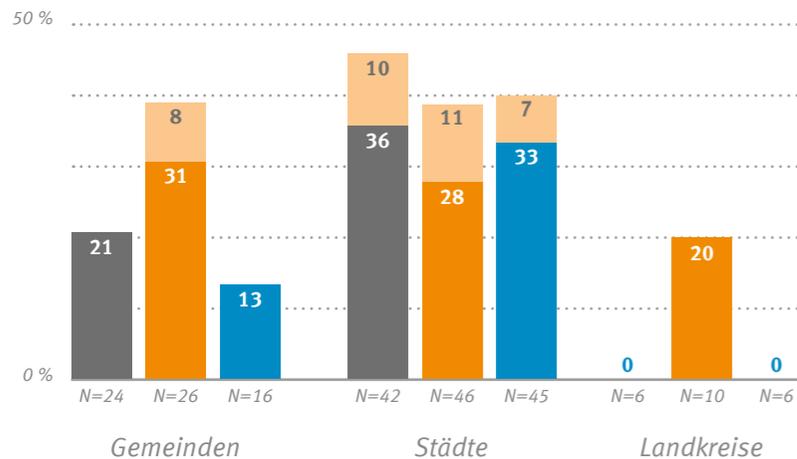


Kommunen in Haushaltssicherung

Im Unterschied zu den Gemeinden und Landkreisen bleibt mit ca. einem Drittel der Anteil der Städte, die sich in verpflichtender Haushaltssicherung befinden, über die Jahre 2020 bis 2022 relativ stabil. Nur in 8 Verwaltungsgemeinschaften (50 Prozent) gibt es einige wenige Gemeinden, die sich in verpflichtender Haushaltssicherung befinden. Sofern man die verpflichtende Haushaltssicherung als Indikator für die Haushaltslage nimmt, lässt sich vermuten, dass die finanzielle Situation in den Thüringer Städten deutlich angespannter ist als in den Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisen.

Anteil der Gemeinden, Städte und Landkreise mit HSK?

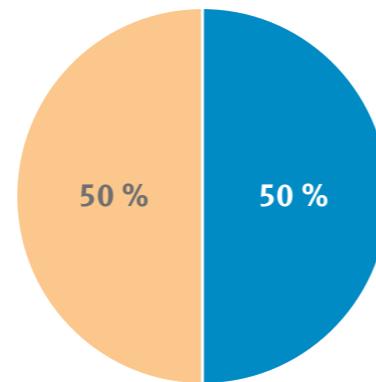
■ = 2020 ■ = 2021 ■ = 2022 ■ = freiwillig
Angaben in Prozent



Besteht ein HSK in Ihrer VG?

VG (N = 12)

■ = kein HSK
■ = HSK für alle Mitgliedsgemeinden (MGG)
■ = HSK für einen Teil der MGG



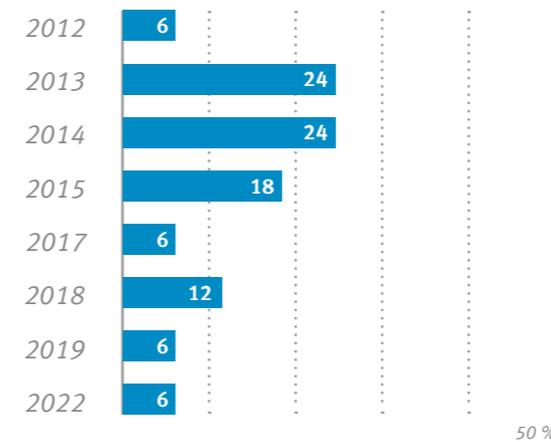
Kommunen in Haushaltssicherung

Gemeinden, Städte und Landkreise

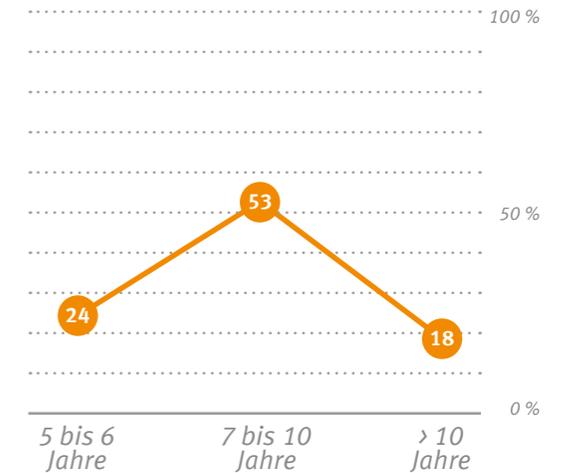
Die Coronakrise von 2020 und 2021 hat nicht zu einer verstärkten Anwendung der Kommunalen Haushaltssicherung als Konsolidierungsmaßnahme geführt. Die meisten Haushaltssicherungskonzepte wurden bereits 2012 bis 2015 eingeführt. Das war weit vor den Auswirkungen, die die Corona-Pandemie auf das gesellschaftliche Leben in Thüringen hatte.

Das Haushaltssicherungskonzept besteht seit:

Angaben in Prozent



Der Konsolidierungszeitraum beträgt:





Bedarf an personellen Ressourcen

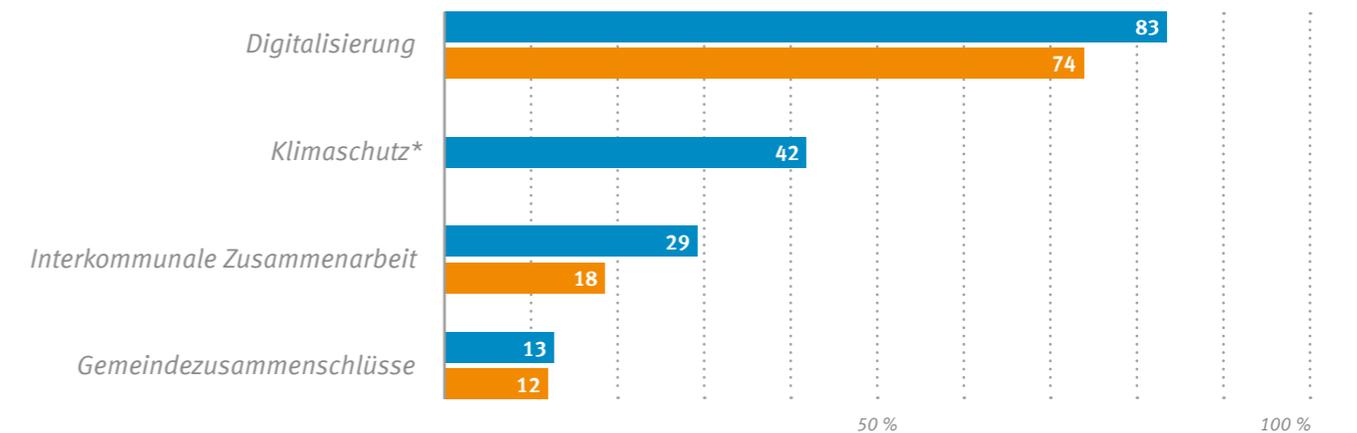
Personalbedarf in den nächsten drei Jahren

In welchen Bereichen werden in den nächsten drei Jahren zusätzliche personelle Ressourcen gebraucht?

Ein zusätzlicher personeller Bedarf in den kommenden drei Jahren in strategischen Handlungsfeldern wird vor allem bei der Umsetzung der Digitalisierung gesehen. Die Nachfrage nach geeignetem Personal in den Kommunen stieg seit 2020 rasant an und liegt nun bei einem Anteil von 83 Prozent aller befragten Kommunen.

Alle befragten Kommunen – Strategischer Bereich

■ = 2022 (N=83) ■ = 2021 (N=95) Angaben in Prozent | * Wurde in den Vorjahren nicht erhoben



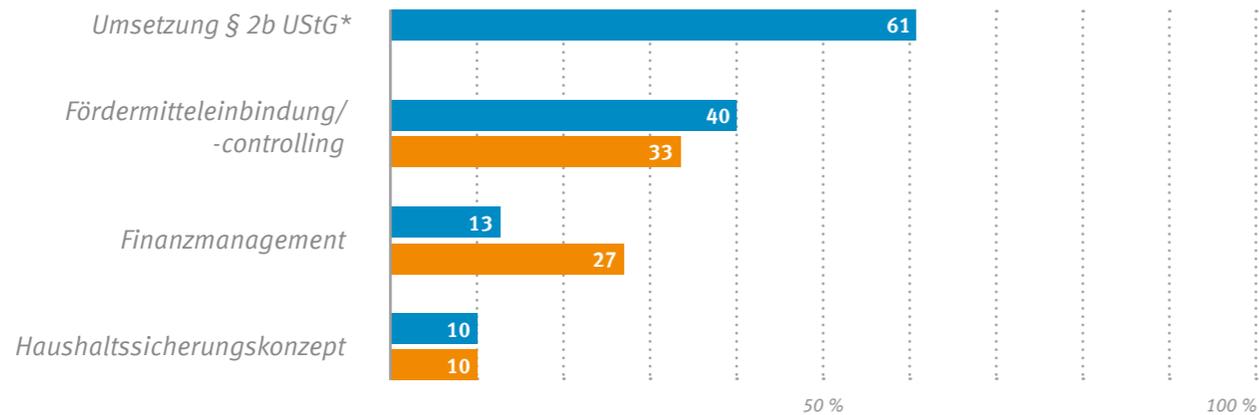
Personalbedarf in den nächsten drei Jahren

In welchen Bereichen werden in den nächsten drei Jahren zusätzliche personelle Ressourcen gebraucht?

In diesem Jahr wurde in Bezug auf den zusätzlichen Personalbedarf bei der Finanzverwaltung das erste Mal nach dem Bedarf bis 2025 bei der Umsetzung von § 2b UstG gefragt. Mit 61 Prozent sieht ein großer Teil der befragten Kommunen hier einen beträchtlichen zusätzlichen Personalbedarf.

Alle befragten Kommunen – Finanzverwaltung

■ = 2022 (N=83) ■ = 2021 (N=95) Angaben in Prozent | * Wurde in den Vorjahren nicht erhoben



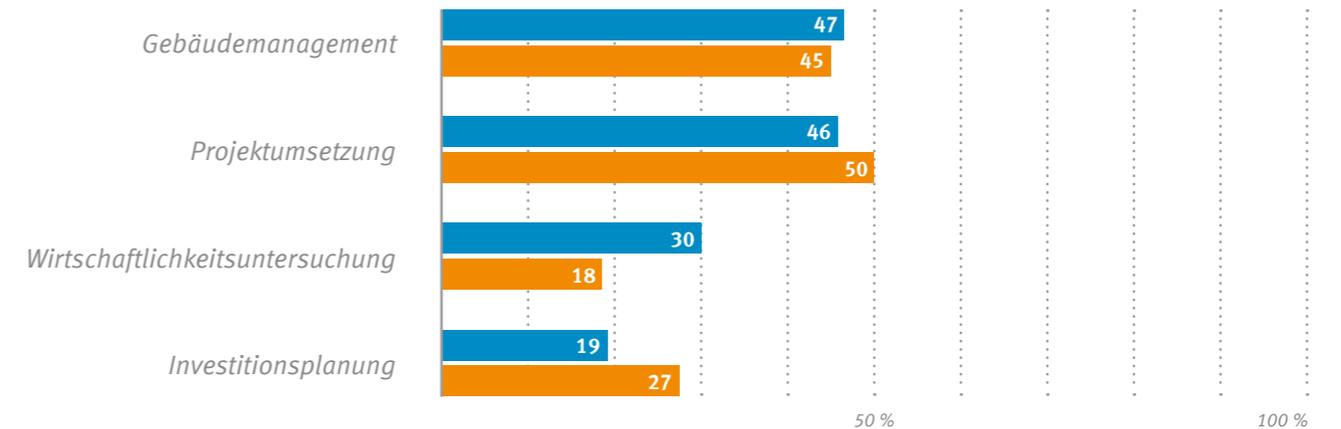
Personalbedarf in den nächsten drei Jahren

In welchen Bereichen werden in den nächsten drei Jahren zusätzliche personelle Ressourcen gebraucht?

Der größte zusätzliche Personalbedarf im Dreijahreshorizont zeigt sich im Investitionsbereich beim Gebäudemanagement und bei der Projektplanung. Die Nachfrage nach Fachpersonal für Gebäudemanagement steigt seit 2020 konstant an und liegt jetzt bei einem Anteil von 47 Prozent aller befragten Kommunen.

Alle befragten Kommunen – Investitionsbereich

■ = 2022 (N=83) ■ = 2021 (N=95) Angaben in Prozent



Bedarf an Investitionsmitteln



Bedarf durch demographische Entwicklung

Um den Folgen der demografischen Entwicklung gerecht zu werden, legen alle Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise bei der Gestaltung der Infrastruktur ihren Schwerpunkt in den kommenden Jahren auf den Ausbau bzw. Umbau vorhandener Kapazitäten. In den Gemeinden, Städten und Verwaltungsgemeinschaften geht es an zweiter Stelle um deren Erhalt. Neubau streben an zweiter Stelle die Landkreise an.

Investitionsmittelbedarf - Dreijahreshorizont

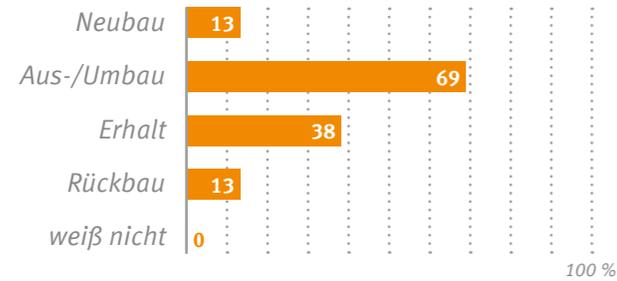
Verkehrsinfrastruktur, Verwaltungsdigitalisierung und Brandschutz sind die drei wichtigsten Investitionsfelder für Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften. Obwohl mit einem Anteil von 75 Prozent leicht rückläufig, geben seit unserer ersten Erhebung 2019 die Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften an erster Stelle Investitionsbedarf im Dreijahreshorizont für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur an. Mit einem aktuellen Anteil von 73 Prozent ganz dicht auf Platz zwei befindet sich seit den zurückliegenden drei Befragungen der Investitionsbedarf für die Verwaltungsdigitalisierung. Auf Platz drei der Investitionsprioritäten liegt bei diesen Kommunen seit 2020 der Investitionsbedarf für den Brandschutz.

Aktuell sind für die Landkreise die Verwaltungsdigitalisierung, die Investitionstätigkeit in Schulen und in die Verkehrsinfrastruktur die wichtigsten Felder mit Mittelbedarf in den kommenden drei Jahren. Rund 83 Prozent aller befragten Landkreise geben aktuell Investitionsmittelbedarf für die Digitalisierung der Verwaltung und die Investitionstätigkeit in Schulen an. Diese beiden Investitionsfelder liegen seit der Befragung von 2019 im Ranking auf den beiden vorderen Plätzen. Nun rückt der Investitionsbedarf für die Verkehrsinfrastruktur mit einem Anteil von 67 Prozent auf Platz drei.

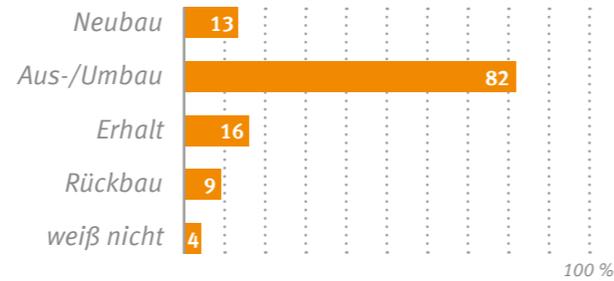
Bedarf durch demographische Entwicklung

Angaben in Prozent | Mehrfachnennungen möglich

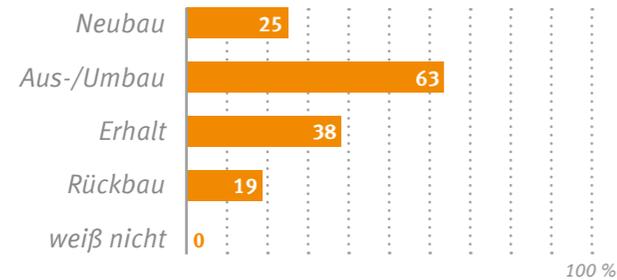
Gemeinden (N=16)



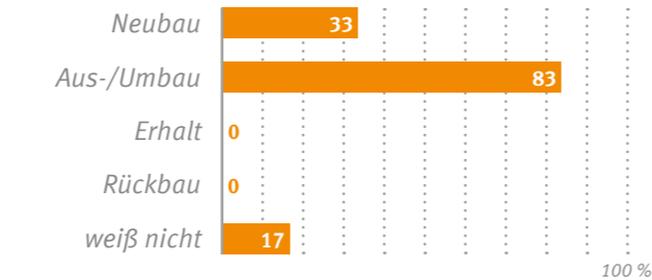
Städte (N=45)



Verwaltungsgemeinschaften (N=16)



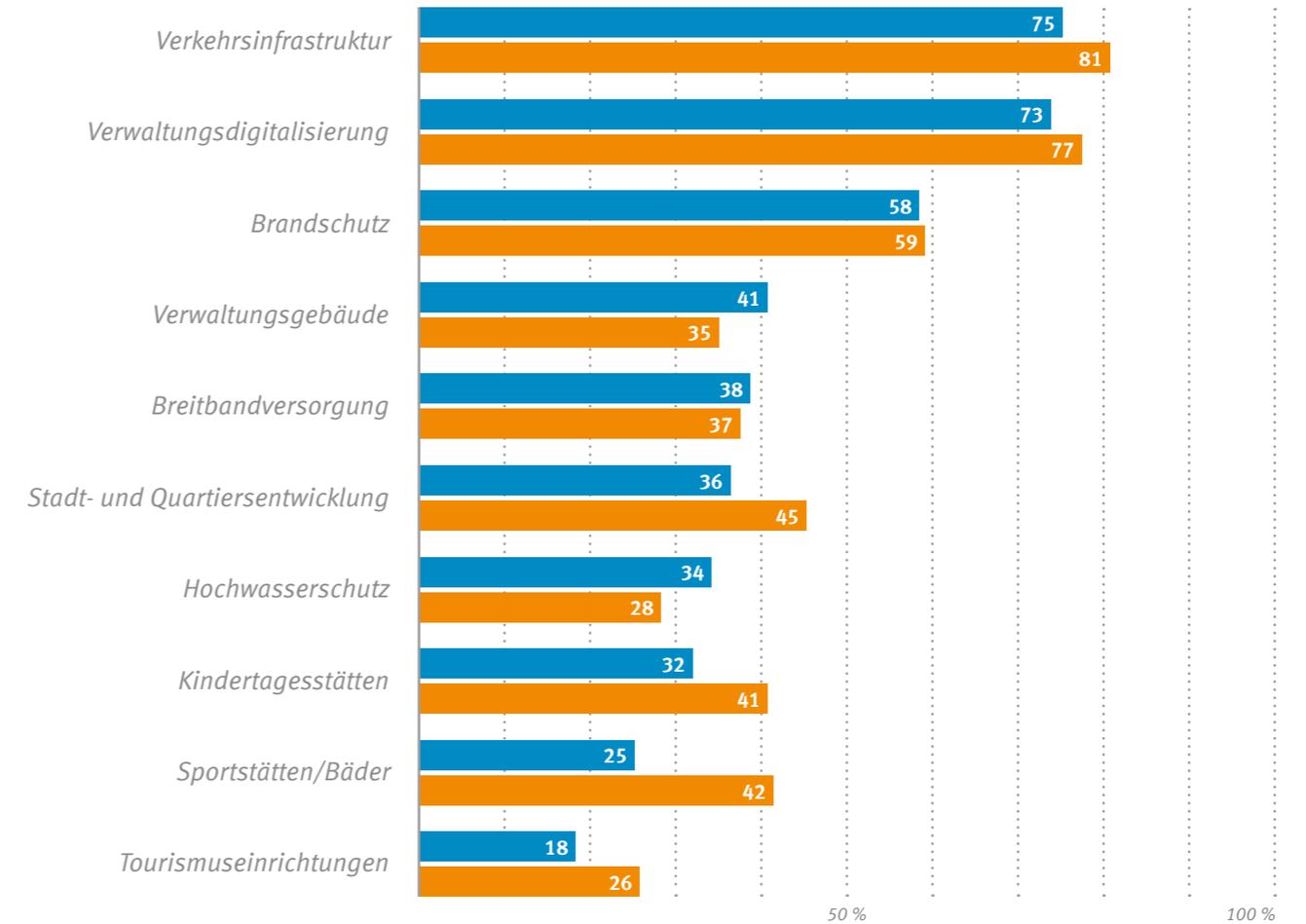
Landkreise (N=6)



Investitionsmittelbedarf - Dreijahreshorizont

Hohe Wichtigkeit TOP 10 - Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften:

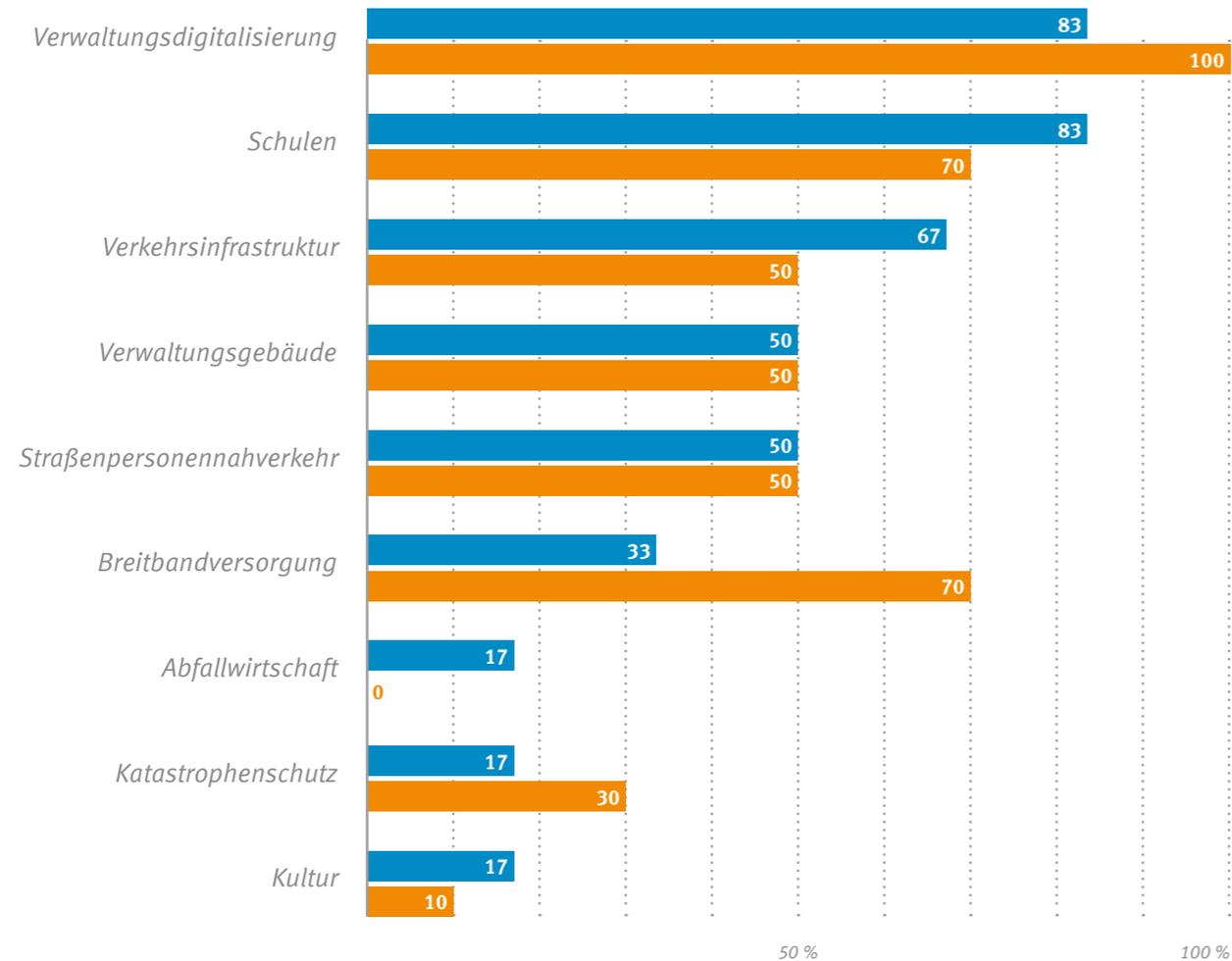
■ = 2022 (N=73) ■ = 2021 (N=85) Angaben in Prozent



Investitionsmittelbedarf - Dreijahreshorizont

Höchste Wichtigkeit - Landkreise

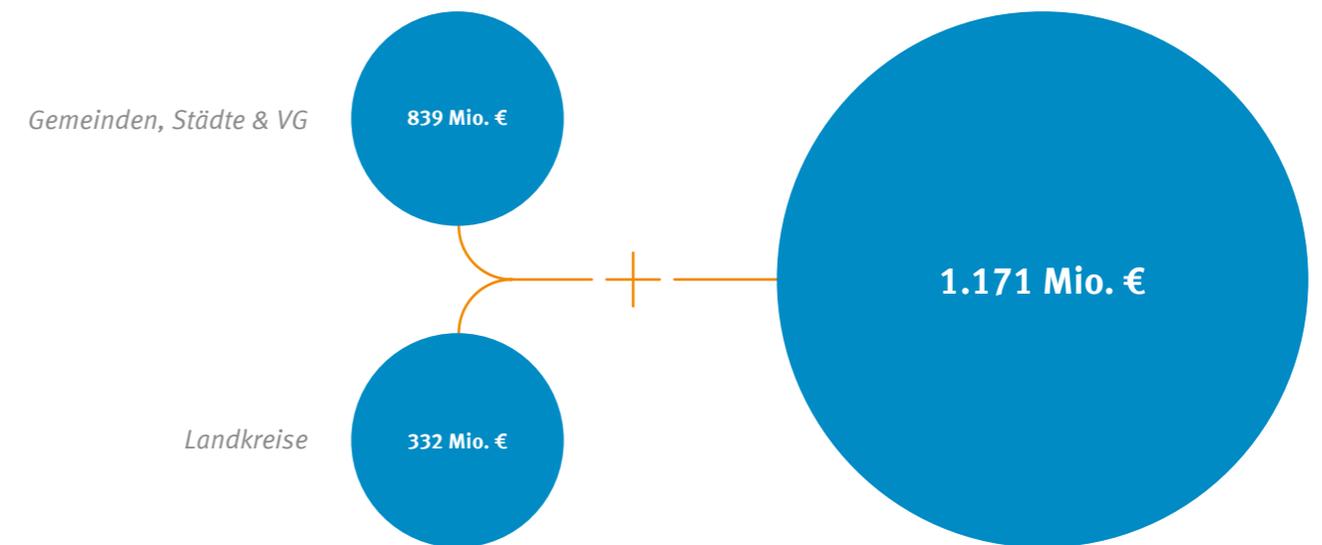
■ = 2022 (N=6) ■ = 2021 (N=10) Angaben in Prozent



Investitionsbedarf pro Jahr 2023-25

Auf der Basis der getätigten Sachinvestitionen aller Kommunen 2019 bis 2021 wurde der prozentuale Anteil für die in unserer Stichprobe enthaltenen Kommunen errechnet. Dieser wurde als Simulationsfaktor für die Hochrechnung genutzt. Grundlage für die Hochrechnung war die Summe des geschätzten Investitionsvolumens für 2023 bis 2025, die die Kommunen in unserer Stichprobe angegeben haben. Daraus ergibt sich ein Gesamtinvestitionsbedarf von 3,514 Mrd. €, das sind 1,171 Mrd. € p.a.

Hochrechnung auf alle Thüringer Kommunen p.a. Mio. €



Investitionsstau dringend erforderlicher Investitionen (2017-2021)

In diesem Jahr stellten wir eine Frage nach Investitionen der Jahre 2017 bis 2021, die nicht umgesetzt werden konnten. Hier zeigt sich, dass allein bei den 83 Kommunen (40 % aller angeschriebenen Kommunen) ein Investitionsstau von insgesamt 140 Maßnahmen im Wert von 1,6 Mrd. Euro besteht. Die wirkliche Zahl an Maßnahmen und das Gesamtbudget bleiben jedoch im Dunkeln, da wir die Lage in den verbleibenden 60 % der Kommunen, die sich nicht an der Befragung beteiligt haben, nicht kennen. Es ist aber davon auszugehen, dass es auch dort bei vielen einen Investitionsstau gibt. Man könnte also von dem doppelten oder sogar dreifachen Umfang an nicht umgesetzten, aber notwendigen Maßnahmen in der kommunalen Landschaft Thüringens ausgehen. Das entspräche wieder ungefähr der Schätzung der zusätzlichen Investitionsbedarfe in Höhe von ca. 3 Mrd. im Dreijahreshorizont, die wir im Ergebnis der Befragung vom letzten Jahr ermittelt haben.

Die entscheidenden Ursachen für diesen Investitionsstau sehen die meisten befragten Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise in fehlenden Eigenmitteln (85 %) und in fehlenden Fördermitteln (64 %).



Aufgenommen in Jena

Geschätzte Höhe der Kosten des Investitionsstaus bei 140 angegebenen Maßnahmen:
(von 83 Kommunen)

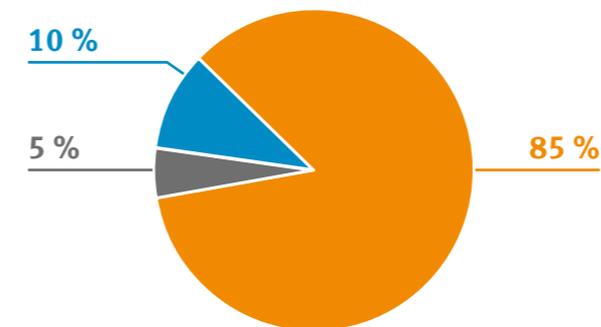
1.569.306.950 €



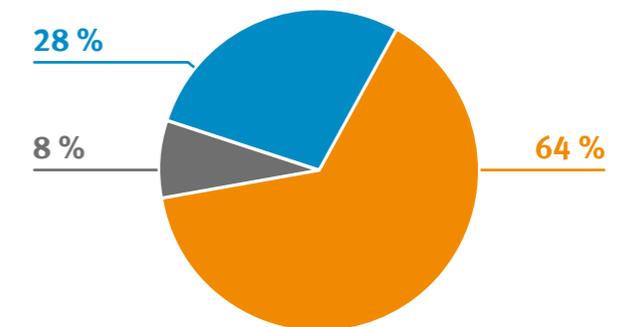
Prozentualer Anteil der Nennung als Ursache bei 140 angegebenen Maßnahmen:

■ = genannt ■ = nicht genannt ■ = keine Angabe Basis: 140 angegebene Maßnahmen

fehlende Eigenmittel:



fehlende Fördermittel:



Hemmnisse der Investitionstätigkeit



Hemmnisse der Investitionstätigkeit

Seit der ersten Befragung von 2019 werden von den Kommunen die entscheidenden Hemmnisse der Investitionstätigkeit in der mangelnden Verfügbarkeit von Fördermitteln und Eigenmitteln gesehen. Neu dazu kommen nun die Herausforderungen im Bausektor und die Verfügbarkeit von Zuweisungen.

Mehr als 70 Prozent der befragten Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise sehen Hemmnisse für ihre Investitionstätigkeit

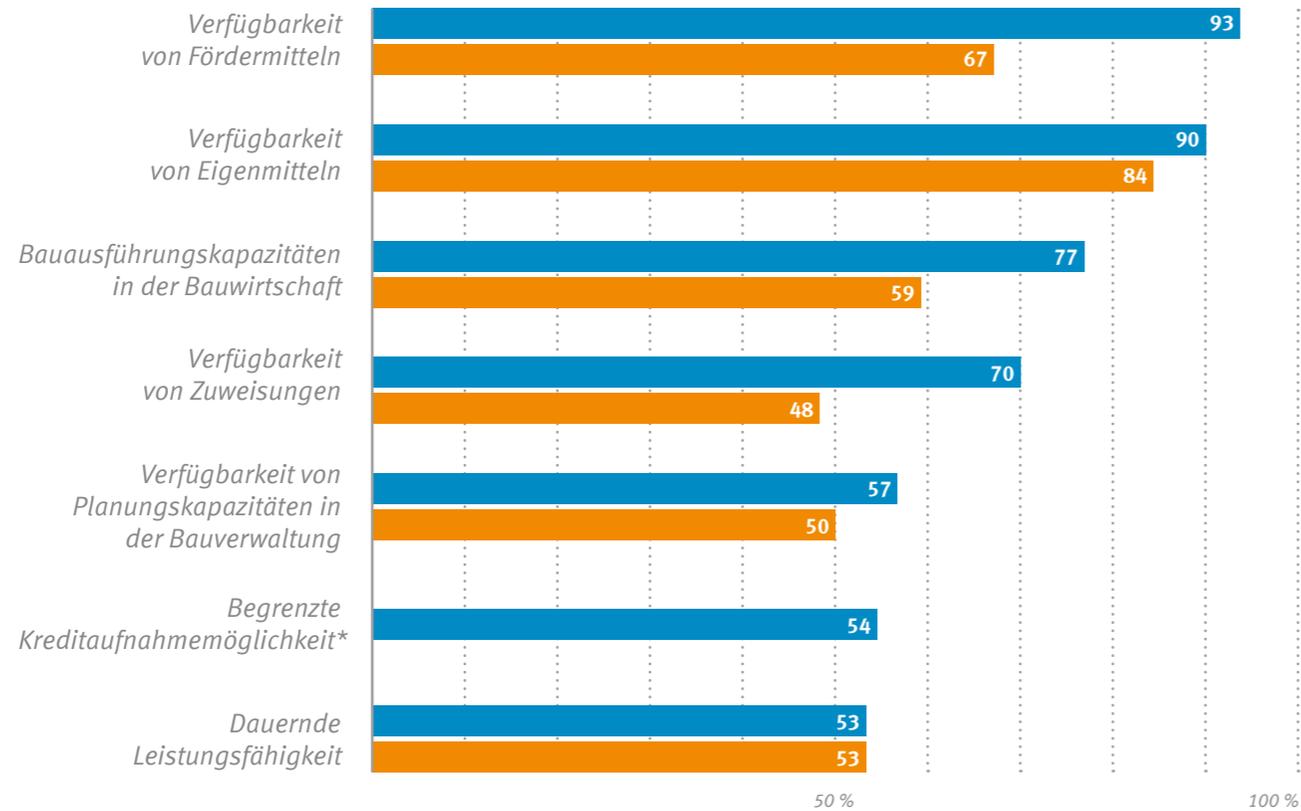
- ▶ bei der Verfügbarkeit von Fördermitteln,
- ▶ bei der Verfügbarkeit von Eigenmitteln,
- ▶ bei den Bauausführungskapazitäten in der Bauwirtschaft,
- ▶ bei der Verfügbarkeit von Zuweisungen

Die Verfügbarkeit von Förder- und Eigenmitteln ist seit der Befragung von 2019 stetig das am häufigsten genannte Hemmnis. Die Anteile aller befragten Kommunen liegen aktuell bei 93 bzw. 90 Prozent. Ein sprunghafter Anstieg als Hemmnis der Investitionstätigkeit zeigt sich bei dem Mangel an Bauausführungskapazitäten in der Bauwirtschaft und bei der Verfügbarkeit von Zuweisungen. Die Anteile liegen nun bei 77 bzw. 70 Prozent aller befragten Kommunen. Obwohl mit etwas geringeren Anteilen an allen Befragten, trifft Gleiches auch für die Verfügbarkeit von Planungskapazitäten in der Bauverwaltung zu. Von einem Anteil von 44 Prozent aller befragten Kommunen in 2020 stieg ihr Anteil auf nun 57 Prozent an. Auch die Schwierigkeiten, genügend Planungskapazitäten in der Bauwirtschaft bereitzustellen, vergrößern sich (25 Prozent in 2020 und nun 48 Prozent in 2022). Mehr als die Hälfte der Kommunen sieht auch in der begrenzten Kreditaufnahmemöglichkeit (in diesem Jahr erstmals gefragt) sowie in der Sicherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit Hemmnisse. Rechtliche Rahmenbedingungen werden ebenfalls zunehmend als Hemmnis empfunden. Hier steigt der Anteil der Kommunen von 31 in 2020 auf 51 Prozent in 2022.

Hemmnisse der Investitionstätigkeit I

Alle befragten Kommunen im Überblick:

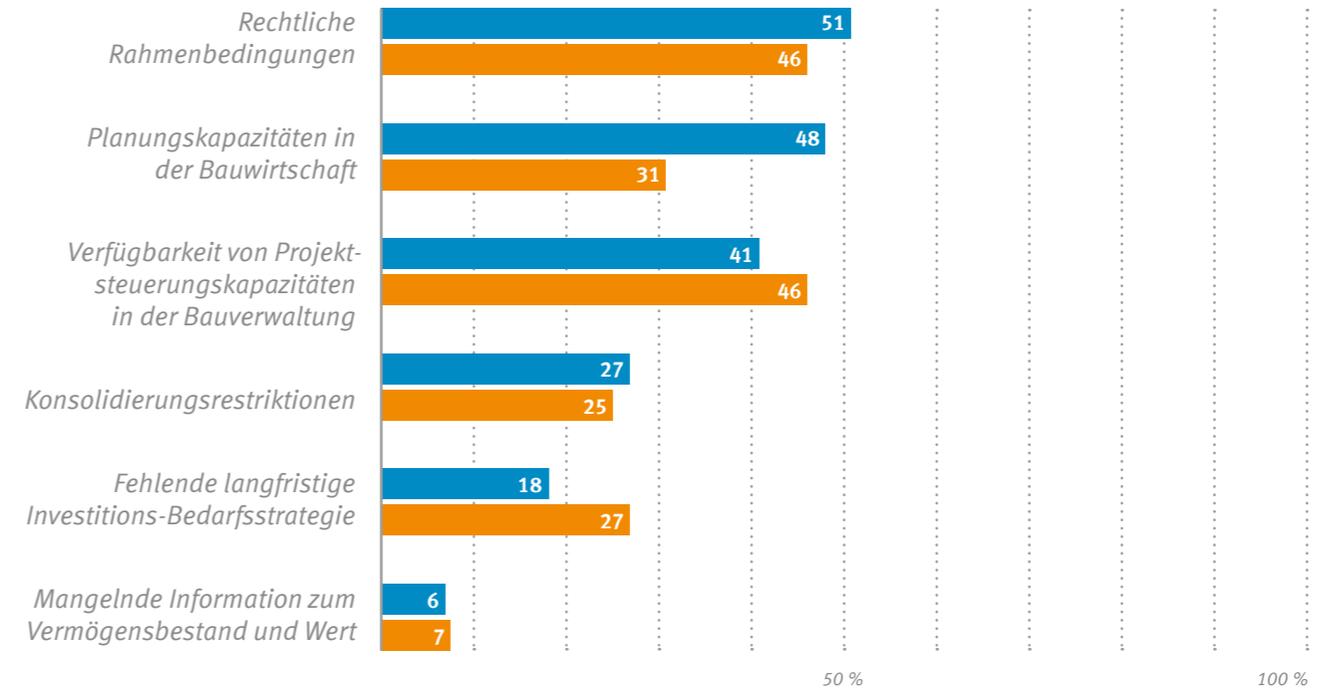
■ = 2022 (N=83) ■ = 2021 (N=95) Angaben in Prozent | * Wurde in den Vorjahren nicht erhoben



Hemmnisse der Investitionstätigkeit II

Alle befragten Kommunen im Überblick:

■ = 2022 (N=83) ■ = 2021 (N=95) Angaben in Prozent





Bau- und Energiepreisentwicklung

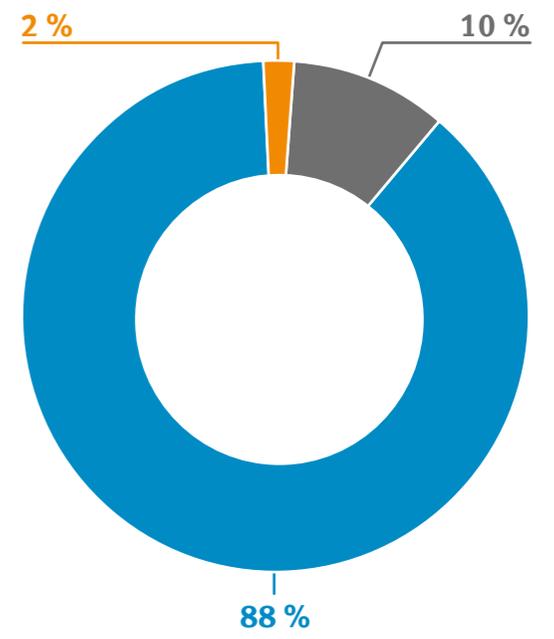
Baupreientwicklung

Die Preisentwicklung im Bausektor hat auf die überwiegende Zahl aller Kommunen Auswirkungen. Das geben zwischen 88 Prozent aller Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise an. Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Kommunen sind sehr vielfältig. Bei fast allen Kommunen führt das dazu, dass nicht alle Investitionen umgesetzt werden können und es häufig zu Verschiebungen von Investitionen oder zu Verzögerungen aufgrund von Baustoffmangel kommt. Darüber hinaus reichen die eingeplanten Fördermittel und Eigenmittel aufgrund der Preisentwicklung nicht mehr aus. Alle Landkreise geben an, von diesen Auswirkungen betroffen zu sein. Insbesondere die Gemeinden und Städte nennen sehr häufig, dass Angebote mit Preisklauseln versehen sind, wodurch die Kalkulation für diese noch risikoreicher wird.

Die Baupreientwicklung hat somit auf die überwiegende Mehrheit der Kommunen direkte Auswirkungen. Die Investitionstätigkeit wird erschwert und die Risiken sind gewachsen. Das kann den schon vorherrschenden Rückstau von Investitionen weiter forcieren.

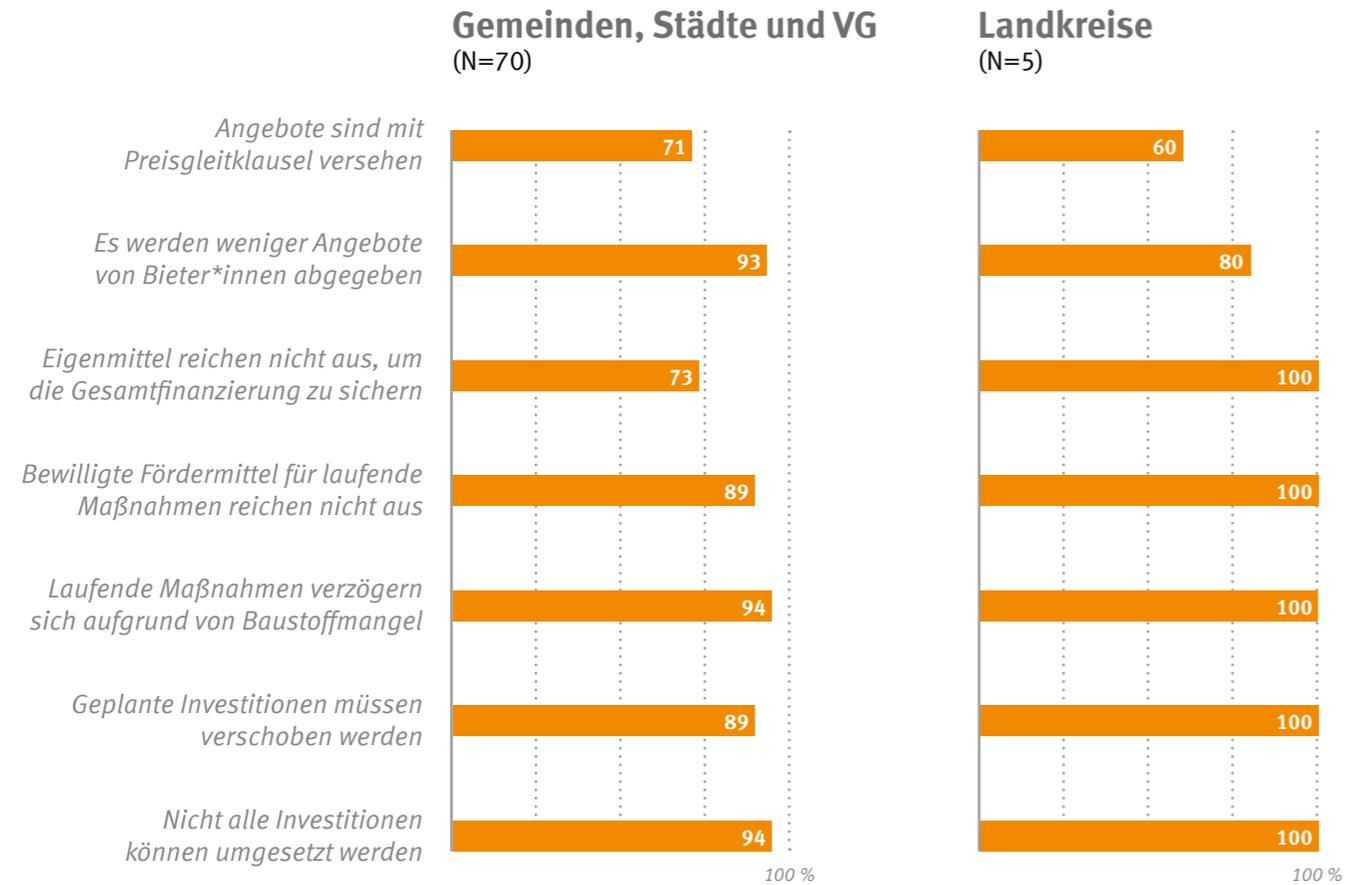
Erwartung von Auswirkungen der Baupreientwicklung auf die Investitionstätigkeit:

■ = Ja ■ = Nein
■ = Ist noch nicht abschätzbar
(N=83) | Alle befragten Kommunen:



Baupreientwicklung

Erwartete Auswirkungen der Baupreientwicklung auf die Investitionstätigkeit:
Angaben in Prozent



Aufgenommen in Erfurt

Energiepreisentwicklung

Eine große Mehrheit von 87 Prozent der Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise erwarten noch in 2022 zusätzliche Ausgaben im Bereich Strom und Heizen. Während der Befragung im Sommer 2022 waren vor allem pragmatische Lösungen zum Einsparen von Energie als Gegenmaßnahme zu steigenden Energiekosten die dominierenden Überlegungen unter den Kommunen. Der Ausbau erneuerbarer Energien war lediglich für einen Teil der Gemeinden und Städte zum damaligen Zeitpunkt denkbar gewesen. Zu den favorisierten Lösungswegen gehören:

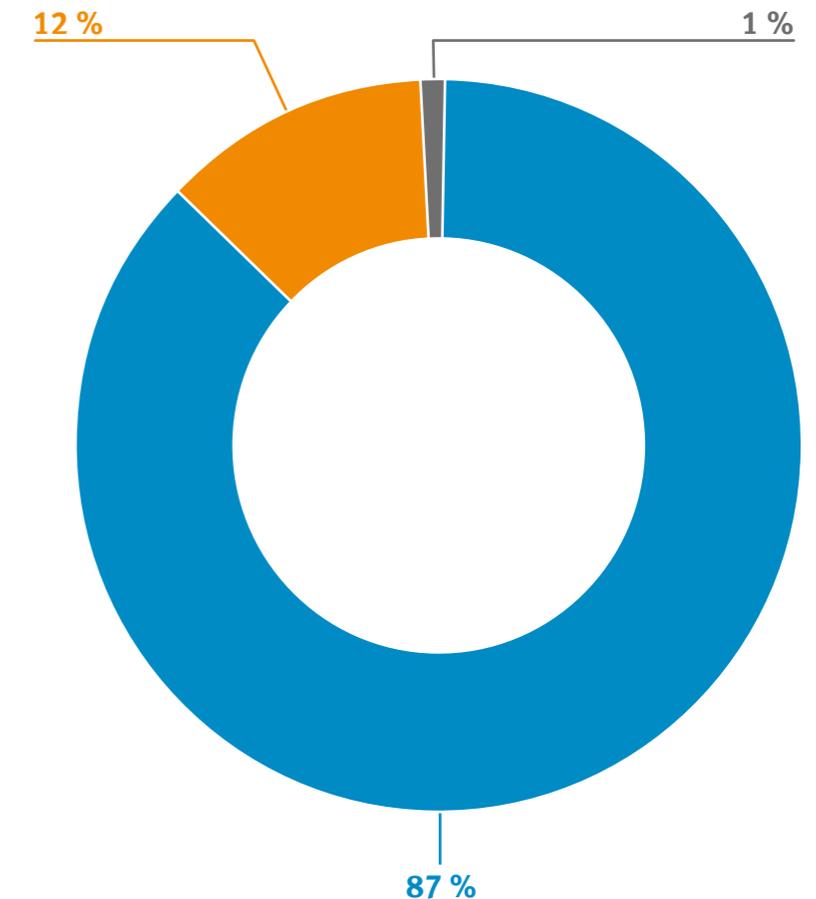
- ▶ Nutzer*innen in den Gebäuden zum Energiesparen sensibilisieren
- ▶ Mehrausgaben durch Einsparungen in anderen Haushaltspositionen ausgleichen
- ▶ Energieverbrauch zusätzlich durch die Neueinstellung der Heizungsanlagen reduzieren
- ▶ Teilweise Abschaltung der Straßenbeleuchtung in Städten und Gemeinden

Nur für die wenigsten Kommunen kommt infrage, die Mehrausgaben durch Kassenkredite oder Preiserhöhungen anderer kommunaler Leistungen auszugleichen. Unabhängig davon, ob erneuerbare Energien eingesetzt werden sollen oder nicht, ist sich die Mehrheit der Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise einig, dass Photovoltaik die größten Potentiale hinsichtlich einer kurzfristigen Umsetzbarkeit aufweist. Bei dieser Frage nach den kurzfristigen Potenzialen wurde bewusst das Thema „Windenergie“ ausgespart. Wir gehen davon aus, dass windenergetische Anlagen nicht kurzfristig umsetzbar sind. Auch durch baurechtliche Beschränkungen lassen sich Windräder nicht in jeder Kommune errichten. Bei den Investitionen in ausgewählte Klimaschutzmaßnahmen sehen die meisten Kommunen Investitionsbedarf im Bereich gebäudetechnischer Investitionen und nur wenig bei der Außen- und Straßenbeleuchtung sowie bei nachhaltiger Mobilität.

Erwartung zusätzlicher Ausgaben durch die Energiepreisentwicklung:

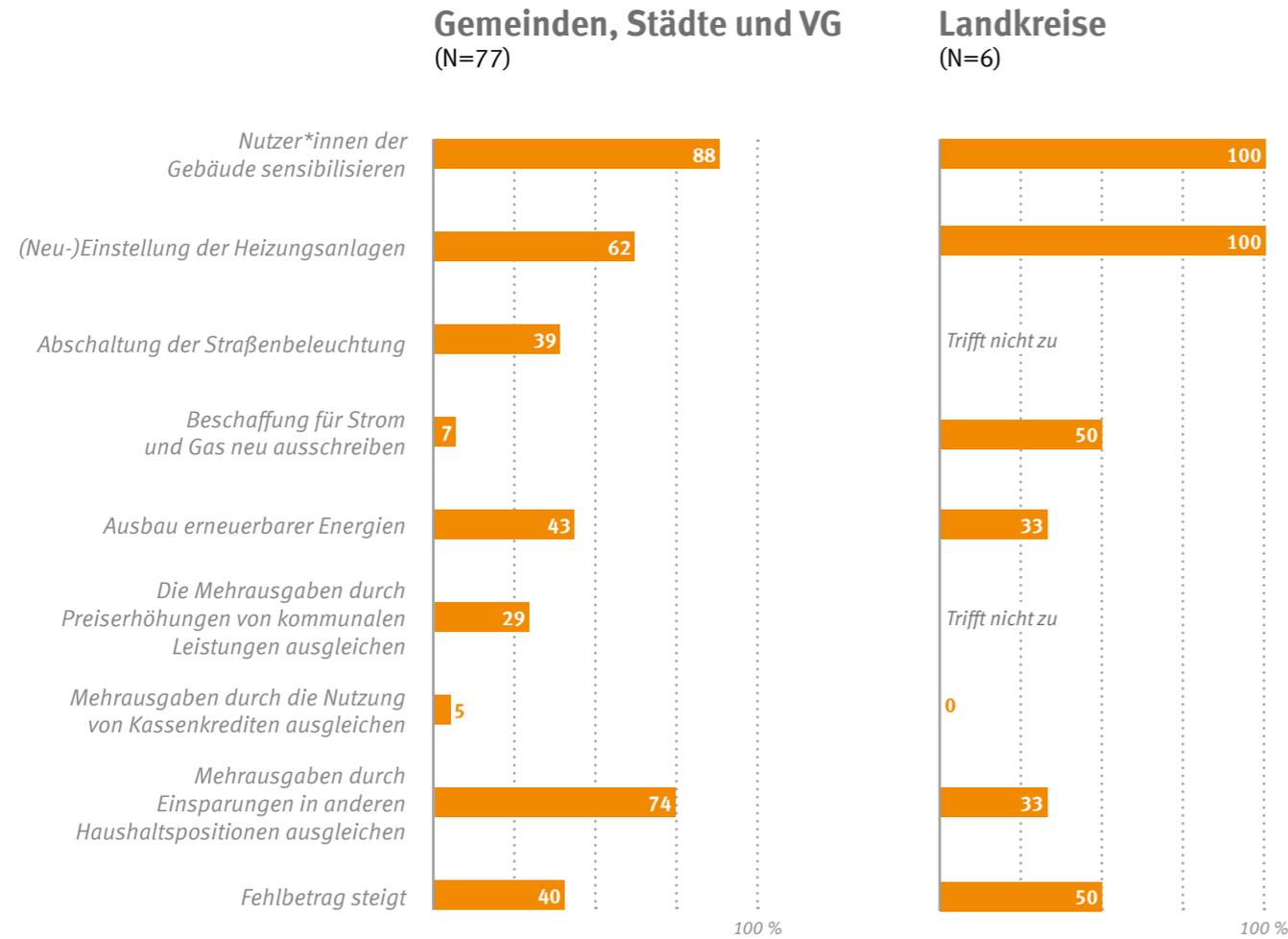
Alle befragten Kommunen:
(N=83)

- = Noch in diesem Jahr
- = Erst im kommenden Jahr
- = Keine Angaben

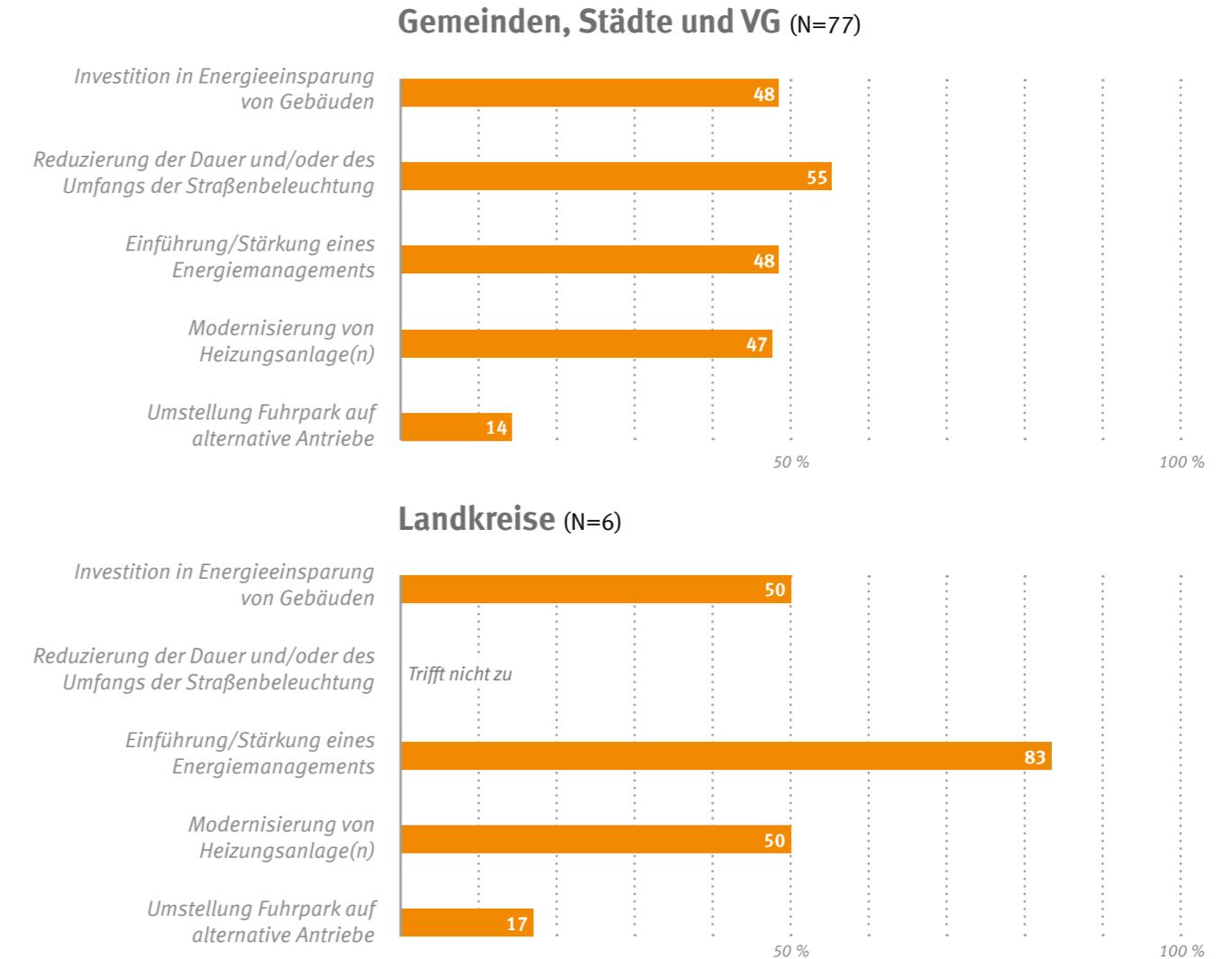


Energiepreisentwicklung

Reaktion auf die Auswirkungen der Energiepreisentwicklung:
Angaben in Prozent



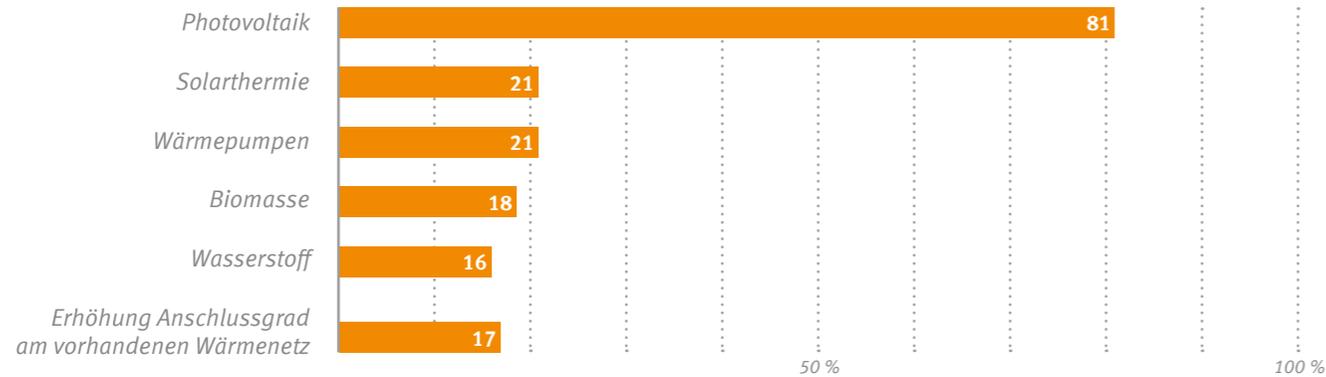
Bei welchen Wegen sehen Sie das schnellste Umsetzungspotential, um den Energieverbrauch zu senken? Angaben in Prozent



Energiepreisentwicklung

Bei welchen erneuerbaren Energien sehen Sie für Ihre Kommune kurzfristig das größte Potential?

(N = 83) | Angaben in Prozent | Mehrfachnennungen möglich

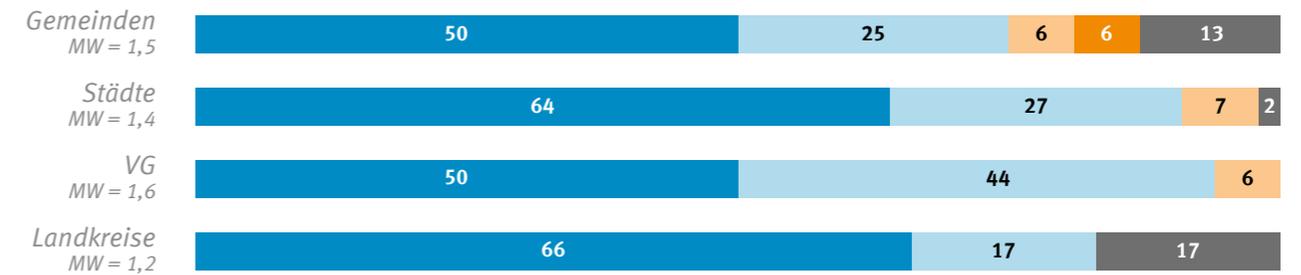


Aufgenommen in Apolda

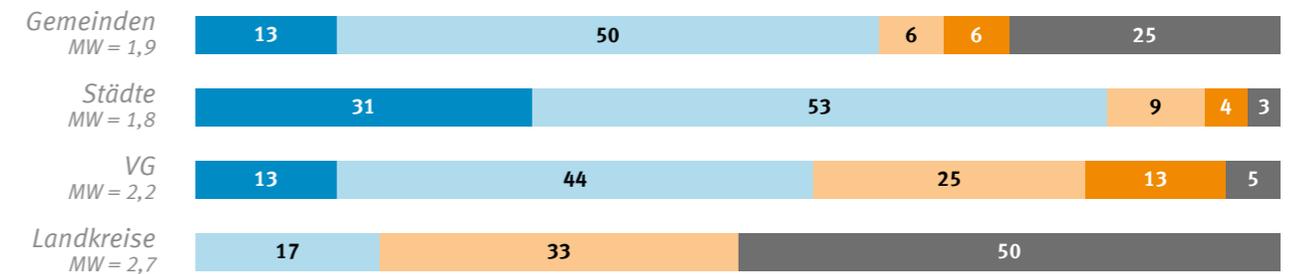
Wie schätzen Sie den Investitionsmittelbedarf bei den hier aufgeführten Klimaschutzmaßnahmen ein?

hoch mittel gering bereits umgesetzt keine Angaben Angaben in Prozent

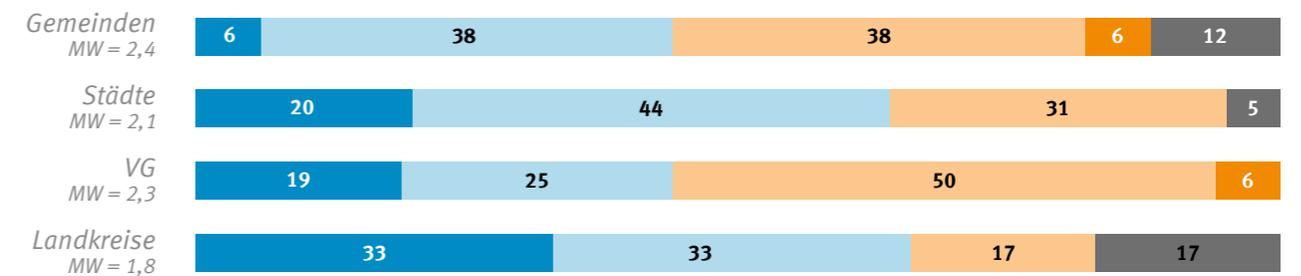
Gebäudetechnische Investitionen



Außen-/Straßenbeleuchtung



Nachhaltige Mobilität





Finanzen

Fördermittelmanagement

Alle Kommunen wünschen sich mehr Unterstützung beim Fördermittelmanagement. Rund 80 Prozent und mehr Befragte sehen in den folgenden Maßnahmen eine wesentliche Hilfe beim erfolgreichen Fördermittelhandling hinsichtlich der Auswahl geeigneter Programme, der Beantragung und der Abrechnung.

- ▶ Die Bündelung von Förderprogrammen, um die Nutzung zu vereinfachen
- ▶ Eine Kombinierbarkeit von Landes- und Bundesprogrammen vereinfachen
- ▶ Eine vereinfachte Antragstellung für kleine Projekte, die max. 1 Prozent des Vermögenshaushalts ausmachen

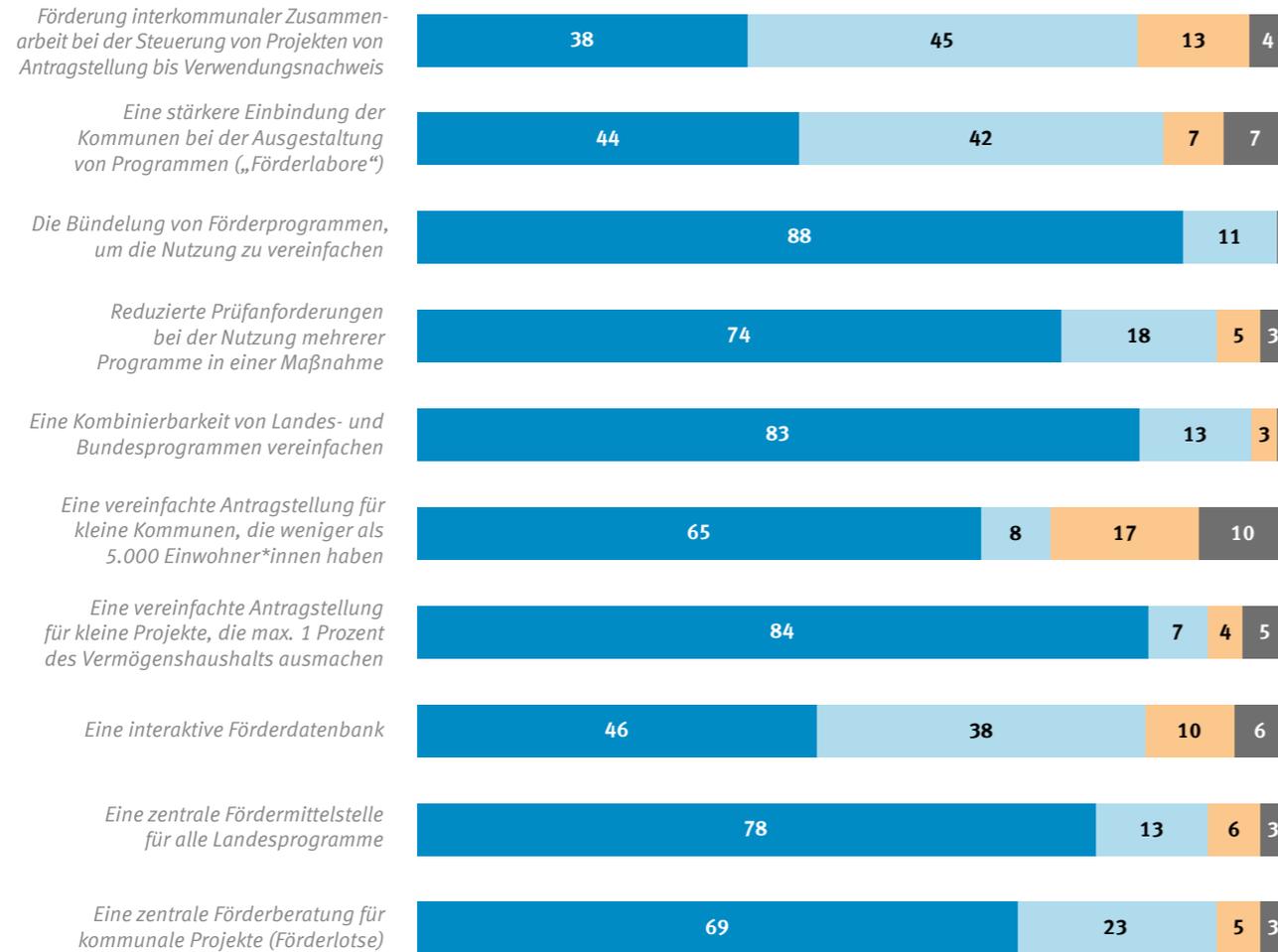
Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise legen Wert auf eine vereinfachte Antragstellung für kleine Kommunen, die weniger als 5.000 Einwohner*innen haben.

Städte und Verwaltungsgemeinschaften sehen auch in einer zentralen Fördermittelstelle aller Landesprogramme eine wesentliche Unterstützung ihres Fördermittelmanagements. Die Landkreise schlagen mehrheitlich eine interaktive Förderdatenbank vor.

Fördermittelmanagement

Vorschläge zur Unterstützung der Kommunen bei der Auswahl, der Beantragung und der Abrechnung von Fördermitteln

Gemeinden, Städte und VG (N = 77) | Angaben in Prozent



■ geeignet ■ teils/teils ■ nicht geeignet ■ keine Angaben

Landkreise (N = 6) | Angaben in Prozent



Zinsverbilligte Kreditprogramme

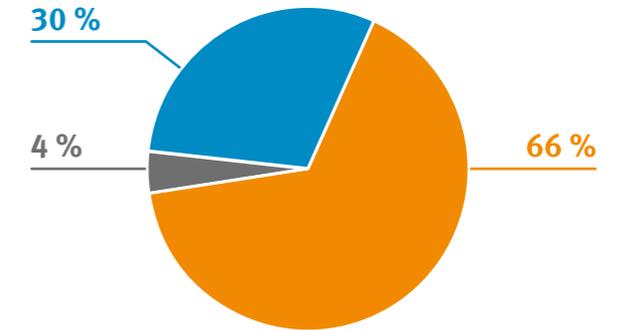
Die sich verschlechternden Marktbedingungen durch steigende Preise und Zinsen belasten die Haushalte der Kommunen in den kommenden Jahren zusätzlich. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, könnte ein zinsverbilligtes Kreditprogramm zum Beispiel im Rahmen eines Fonds zur Reduzierung der Finanzierungskosten hilfreich sein. Zwei Drittel aller befragten Kommunen unterstützen diesen Vorschlag. Ein solches Programm sollte vor allem langfristig angelegt sein. Darin sind sich die meisten Befragten einig. Für Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise ist weiterhin wichtig, dass darüber fehlende Eigenmittel für Förderprogramme finanziert werden können. Diese Kredite sollten jederzeit beantragt werden können.



Gemeinden, Städte und VG

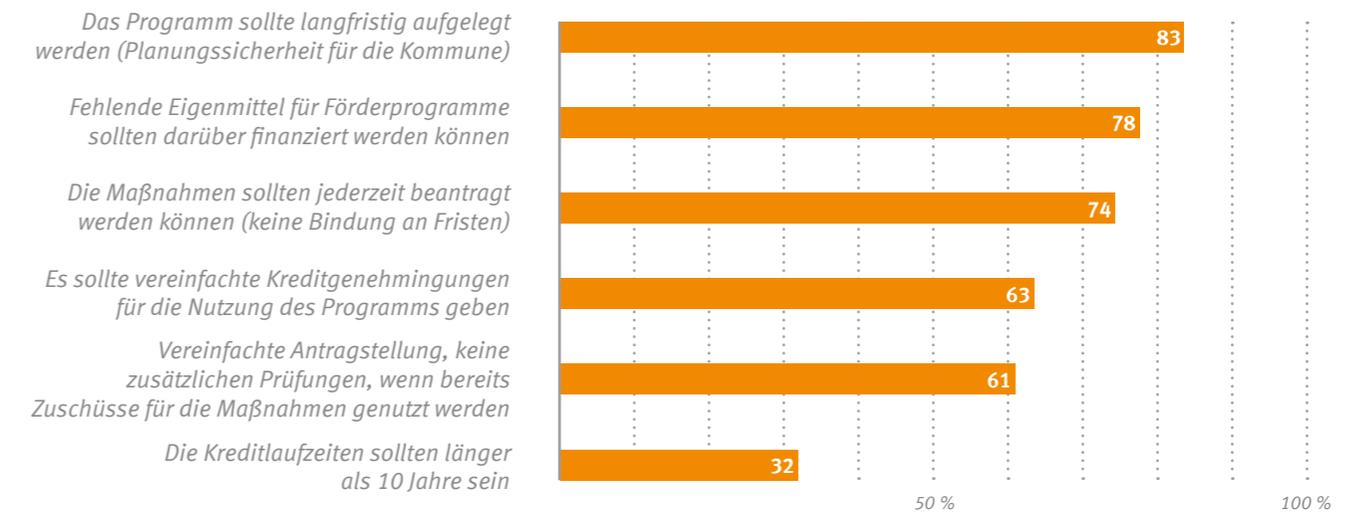
Kann ein zinsverbilligtes Kreditprogramm zum Beispiel im Rahmen eines Fonds zur Reduzierung der Finanzierungskosten hilfreich sein?

(N=77)



■ Ja
 ■ Nein
 ■ keine Angaben

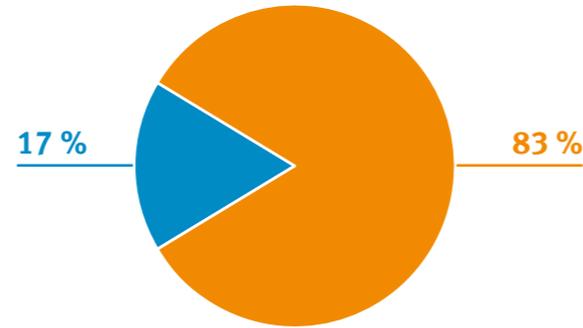
Wie müsste ein solches Programm ausgestaltet sein? (N=54) | Angaben in Prozent



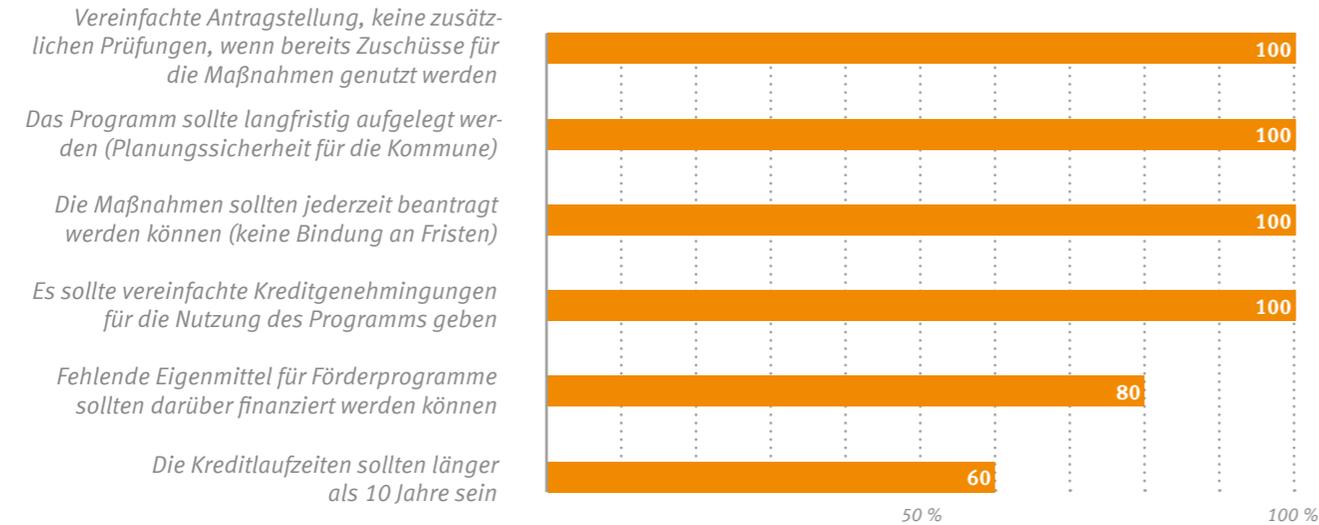
Kann ein zinsverbilligtes Kreditprogramm zum Beispiel im Rahmen eines Fonds zur Reduzierung der Finanzierungskosten hilfreich sein?

(N=6)

Ja Nein



Wie müsste ein solches Programm ausgestaltet sein? (N=5) | Angaben in Prozent

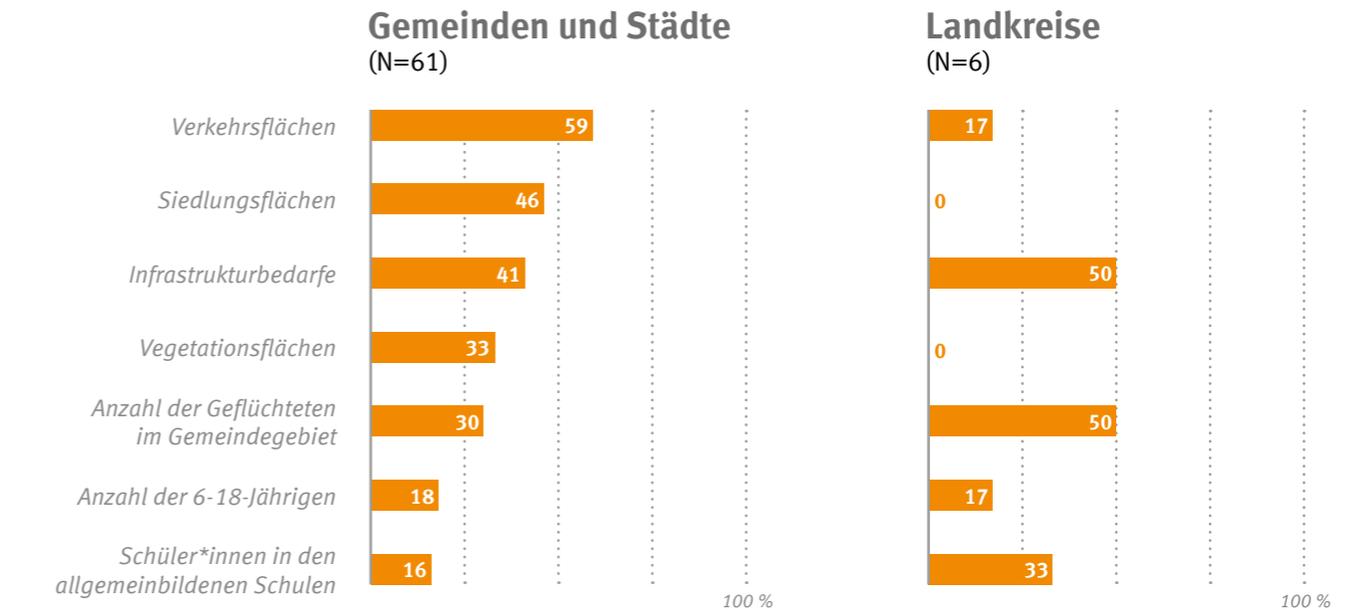


Kommunaler Finanzausgleich

In dem kommunalen Finanzausgleich wird derzeit bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen bei Städten und Gemeinden der Kinderansatz und bei Landkreisen und kreisfreien Städten der Soziallastenansatz berücksichtigt. Wir fragten in diesem Jahr danach, ob dabei noch andere Faktoren berücksichtigt werden sollten. Die Mehrheit der Städte und Gemeinden schlägt vor, auch die Verkehrsflächen miteinzubeziehen. Die Hälfte der Landkreise spricht sich dafür aus, Infrastrukturbedarfe und die Anzahl der im Gemeindegebiet aufgenommenen Geflüchteten mit in die Berechnung der Schlüsselzuweisungen aufzunehmen.

Sehen Sie weitere Faktoren, die bei dem kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt werden sollten, auch Bedarfe jenseits der Kernhaushalte wie für Energiesicherheit, Klimaneutralität, Klimaanpassung, etc.?

Angaben in Prozent





Methodenkurzbericht

<i>Primärforschung</i>	aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH																												
<i>Auftraggeberin</i>	Thüringer Aufbaubank																												
<i>Erhebungsmethode</i>	Befragung via E-Mail																												
<i>Auswahlverfahren</i>	Öffentliche Adressliste N = 205 Adressen von Gemeinden, Städten, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisen des Freistaats Thüringen																												
<i>Stichprobe</i>	N = 83 Interviews • Ausschöpfungsquote: 40 Prozent																												
	<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Gemeinden</th> <th>Städte</th> <th>Kreisfreie Städte</th> <th>VGs</th> <th>Landkreise</th> <th>Gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Versendet</td> <td>55</td> <td>85</td> <td>5</td> <td>43</td> <td>17</td> <td>205</td> </tr> <tr> <td>Teilgenommen</td> <td>16</td> <td>41</td> <td>4</td> <td>16</td> <td>6</td> <td>83</td> </tr> <tr> <td>Quote</td> <td>29 %</td> <td>48 %</td> <td>80 %</td> <td>37 %</td> <td>35 %</td> <td>40 %</td> </tr> </tbody> </table>		Gemeinden	Städte	Kreisfreie Städte	VGs	Landkreise	Gesamt	Versendet	55	85	5	43	17	205	Teilgenommen	16	41	4	16	6	83	Quote	29 %	48 %	80 %	37 %	35 %	40 %
	Gemeinden	Städte	Kreisfreie Städte	VGs	Landkreise	Gesamt																							
Versendet	55	85	5	43	17	205																							
Teilgenommen	16	41	4	16	6	83																							
Quote	29 %	48 %	80 %	37 %	35 %	40 %																							
<i>Feldzeit</i>	01. Juni bis 09. September 2022																												
<i>Bearbeitet von</i>	Dr. Henry Kreikenbom, Juliane Lässig, Laura Härter, Max-Hugo Nörig																												

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

In diesem Jahr (2022) wurden zwischen dem 01. Juni und dem 09. September 205 Verwaltungsspitzen von 55 Gemeinden, 90 Städten, 43 Verwaltungsgemeinschaften (VG) und 17 Landkreisen (LK), die wir hier als Kommunaltypen bezeichnen, per E-Mail kontaktiert. Insgesamt haben sich 83 der 205 angeschriebenen Thüringer Kommunen beteiligt. Das entspricht einer Beteiligungsquote von rund 40 Prozent.

Die finanzielle Situation in den Kommunen

- ▶ Die Coronakrise von 2020 und 2021 hat nicht zu einer verstärkten Anwendung der Kommunalen Haushaltssicherung als Konsolidierungsmaßnahme geführt. Die meisten Haushaltssicherungskonzepte wurden bereits 2012 bis 2015 eingeführt. Das war also weit vor den Auswirkungen, die die Corona-Pandemie auf das gesellschaftliche Leben in Thüringen hatte.
- ▶ Die finanzielle Gesamtsituation schätzen die Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise befriedigend bis ausreichend ein. Im Großen und Ganzen scheint sich die Haushaltssituation in den Gemeinden, Städten und Landkreisen, zumindest laut Planung, bis 2025 weiter zu verbessern. Die Anzahl der Kommunen, die bis 2025 im Rahmen der Investitionsplanung Überschüsse aufweisen, nimmt von Jahr zu Jahr zu. Der Anteil der Kommunen steigt von aktuell 64 Prozent (Haushaltssatzung) auf bis zu 85 Prozent (Investitionsplan 2025). Dennoch weisen für 2025 13 Prozent der Kommunen Fehlbeträge in ihrer Investitionsplanung auf. In ihren Mitgliedsgemeinden sehen die meisten Verwaltungsgemeinschaften (59 Prozent) ebenfalls eine befriedigende bis ausreichende finanzielle Situation. Da die meisten Kommunen, die an unserer Befragung

teilnahmen, diese Einschätzung in den Monaten Juni und Juli vorgenommen haben, ist davon auszugehen, dass das gesamte Ausmaß der inflationären Entwicklung insbesondere im Energie- und Bausektor und auch die zusätzlichen Ausgaben, die sich durch die Aufnahmen von Geflüchteten in Folge des Krieges in der Ukraine ergeben, noch nicht abzusehen waren. Vermutlich stellt sich die finanzielle Gesamtsituation der Kommunen aus heutiger Sicht deshalb problematischer dar.

- ▶ Im Hinblick auf die Investitionsbedarfe plant ein Großteil der Landkreise Kreditaufnahmen bis 2025. Rund 83 Prozent aller befragten Landkreise geben das an. Die geringsten Anteile weisen Kommunen, welche in Verwaltungsgemeinschaften organisiert sind, auf. Hier will nur jede Vierte mit einer Kreditaufnahme die Investitionsbedarfe decken. Die Anteile an Gemeinden und Städten liegen mit 31 bzw. 36 Prozent im Mittelfeld.

Bedarf an zusätzlichen personellen Ressourcen

- ▶ Ein zusätzlicher personeller Bedarf in den kommenden drei Jahren in strategischen Handlungsfeldern wird vor allem bei der Umsetzung der Digitalisierung gesehen. Die Nachfrage nach geeignetem Personal in den Kommunen stieg seit 2020 rasant an und liegt nun bei einem Anteil von 83 Prozent aller befragten Kommunen.
- ▶ In diesem Jahr wurde in Bezug auf den zusätzlichen Personalbedarf bei der Finanzverwaltung das erste Mal nach dem Bedarf bis 2025 bei der Umsetzung von § 2b UstG gefragt. Mit 61 Prozent sieht ein großer Teil der befragten Kommunen auch hier einen beträchtlichen zusätzlichen Personalbedarf.

- ▶ Der größte zusätzliche Personalbedarf im Dreijahreshorizont zeigt sich im Investitionsbereich beim Gebäudemanagement und bei der Projektplanung. Die Nachfrage nach Fachpersonal für Gebäudemanagement steigt seit 2020 konstant an und liegt jetzt bei einem Anteil von 47 Prozent aller befragten Kommunen.

Bedarf an Investitionsmitteln

- ▶ Um den Folgen der demografischen Entwicklung gerecht zu werden, legen alle Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise bei der Gestaltung der Infrastruktur ihren Schwerpunkt in den kommenden Jahren auf den Ausbau bzw. Umbau vorhandener Kapazitäten.
- ▶ Seit den zurückliegenden drei Befragungen zeigt sich, dass in den Gemeinden, Städten und Verwaltungsgemeinschaften hinsichtlich der Investitionstätigkeit im Dreijahreshorizont die Themen „Verkehrsinfrastruktur“, „Verwaltungsdigitalisierung“ und „Brandschutz“ die größte Bedeutung haben.
- ▶ Aktuell sind für die Landkreise die Verwaltungsdigitalisierung, die Investitionstätigkeit in Schulen und in die Verkehrsinfrastruktur die wichtigsten Felder mit Mittelbedarf in den kommenden drei Jahren.
- ▶ Die Schätzung des gesamten Investitionsmittelbedarfs für die Jahre 2023 bis 25 liegt bei ca. 3,514 Mrd. Euro. Das sind durchschnittlich pro Jahr 1,171 Mrd. Euro. Rechnet man die bereits in den Haushalt eingestellten Mittel dagegen, so ergibt sich ein Delta von ca. 1,7 Mrd. Euro an zusätzlichem Investitionsmittelbedarf für die kommenden drei Jahre. Im Jahresdurchschnitt beträgt dieser ca. 581 Mio. Euro. Im vergangenen Jahr schätzten wir den zusätzlichen Dreijahresbedarf auf rund 3. Mrd. Euro bzw. 1 Mrd. Euro pro Jahr. Im Rahmen der aktuellen

Befragung stellte sich heraus, dass zwischen 2017 und 2021 allein bei den 83 Kommunen, die an der Befragung teilgenommen haben (40 Prozent aller angeschriebenen Kommunen) ein Investitionsstau von insgesamt 140 Maßnahmen im Wert von 1,6 Mrd. Euro besteht. Die wirkliche Zahl an Maßnahmen und das Gesamtbudget bleiben jedoch im Dunklen, da wir die Lage in den verbleibenden 60 Prozent der Kommunen, die sich nicht an der Befragung beteiligt haben, nicht kennen. Es ist aber davon auszugehen, dass es auch dort bei vielen einen Investitionsstau gibt. Man könnte also von dem doppelten oder sogar dreifachen Umfang an nicht umgesetzten, aber notwendigen Maßnahmen in der kommunalen Landschaft Thüringens ausgehen. Somit kämen wir wieder in die Nähe der Schätzung der zusätzlichen Investitionsbedarfe vom letzten Jahr.

Hemmnisse der Investitionstätigkeit

Seit der ersten Befragung von 2019 werden von den meisten Kommunen die entscheidenden Hemmnisse der Investitionstätigkeit in der mangelnden Verfügbarkeit von Fördermitteln und Eigenmitteln gesehen. Neu dazu kommen nun die Herausforderungen im Bausektor und die Verfügbarkeit von Zuweisungen.

Bau- und Energiepreisentwicklung

- ▶ Die Preisentwicklung im Bausektor hat auf die überwiegende Zahl aller Kommunen Auswirkungen. Das geben zwischen 81 und 91 Prozent aller Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise an. Bei fast allen Kommunen führt das dazu, dass nicht alle Investitionen umgesetzt werden können und es kommt häufig zu Verschiebungen von Investitionen oder zu Verzögerungen aufgrund von Baustoffmangel. Darüber

hinaus reichen die eingeplanten Fördermittel und Eigenmittel aufgrund der Preisentwicklung nicht mehr aus. Die Investitionstätigkeit wird erschwert und die Risiken sind gewachsen. Das kann den schon vorherrschenden Rückstau von Investitionen weiter forcieren.

- ▶ Gleiches gilt für den Zusammenhang von Energiepreisentwicklung und Investitionstätigkeit in den Kommunen. Zwischen 88 und 94 Prozent der Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise erwarten noch in 2022 zusätzliche Ausgaben im Bereich Strom und Heizen.
- ▶ Hauptgegenmaßnahmen, so die einhellige Meinung der meisten befragten Kommunen im Sommer 2022, sollen darin bestehen, den Energieverbrauch zu senken, indem die Nutzer*innen der Gebäude zum Energiesparen sensibilisiert werden. Einsparungen in anderen Haushaltspositionen, Neueinstellung der Heizungsanlagen, teilweise Abschaltung der Straßenbeleuchtung sind weitere weit verbreitete Optionen.
- ▶ Mehrausgaben durch Kassenkredite oder durch Preiserhöhungen anderer kommunaler Leistungen auszugleichen, kommt zunächst nur für wenige Kommune in Betracht.
- ▶ Unabhängig davon, ob erneuerbare Energien in den Kommunen eingesetzt werden sollen oder nicht, ist sich die Mehrheit der Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise einig, dass Photovoltaik die größten Potentiale hinsichtlich einer kurzfristigen Umsetzbarkeit aufweist.

Klimaschutzmaßnahmen

- ▶ Bei den Investitionen für Klimaschutzmaßnahmen sehen die meisten Kommunen Investitionsbedarf im Bereich gebäudetechnischer Investitionen und nur wenig bei der Außen- und Straßenbeleuchtung sowie bei nachhaltiger Mobilität.
- ▶ Um den Klimawandel einzudämmen, haben die Gemeinden einen hohen Investitionsbedarf bei Maßnahmen, die Schutz vor Starkregenereignissen und Hochwasser bieten.
- ▶ In den Städten konzentrieren sich bei mehr als der Hälfte der Befragten die Maßnahmen mit hohem und mittlerem Investitionsbedarf auf klimafreundliche Projekte, die gleichzeitig die Wohn- und Lebensqualität in der Stadt verbessern. Gleichzeitig geht es aber auch hier um den Schutz vor Starkregen und möglichen Hochwassereintritten.
- ▶ Ähnlich wie bei den Gemeinden wollen die Verwaltungsgemeinschaften vor allem in den Hochwasserschutz investieren.
- ▶ Auch in den Landkreisen wird hoher und mittlerer Investitionsbedarf beim Schutz vor Starkregen gesehen. Neben der Bepflanzung von Hängen wird Wert auf klimaangepasste Strauch- und Baumarten gelegt und die Gebäudebeschattung spielt für die Landkreise eine wichtige Rolle.

Impressum

Herausgeberin:

Thüringer Aufbaubank
Gorkistraße 9 | 99084 Erfurt
presse@aufbaubank.de

Inhalte:

aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH

Konzeption:

Unternehmenskommunikation der Thüringer Aufbaubank
Creative Solutions

Layout:

Nivre Film & Studio GmbH

Fotos:

Studio Beetz, Andreas Beetz
Nivre Film & Studio GmbH, Dietmar Thal

Alle Rechte, insbesondere das Recht auf Vervielfältigung, auch auszugsweise, sind vorbehalten.

Alle Beiträge wurden sorgfältig recherchiert. Eine Haftung wird nicht übernommen.



Aufgenommen in Erfurt

TAB Wirtschaftlichkeitsrechner

Die Thüringer Aufbaubank unterstützt die Öffentliche Hand in Thüringen mit einem speziell für den Zweck der Durchführung einer ordnungsgemäßen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung entwickelten Rechenmodell.

Der TAB Wirtschaftlichkeitsrechner wird den Thüringer Kommunen kostenfrei via Lizenzvertrag zur Verfügung gestellt.

Mehr Informationen unter:



www.aufbaubank.de/Foerderprogramme/Wirtschaftlichkeitsrechner

